

Orizzonti

Aktuelle sprachpolitische Kontroversen zur deutschen Sprache

Henning Lobin

1. *Einleitung*

Die Aufladung von Wörtern in der politischen Auseinandersetzung ist seit längerer Zeit ein Gegenstand, mit denen sich die Sprachwissenschaft befasst. Neben der Sprache der und in der Politik ist aber auch Sprache selbst ein Gegenstand der Politik, die sogenannte 'Sprachpolitik'. Zwar war Sprachpolitik weder in Deutschland noch in Österreich sonderlich präsent in der politischen Debatte in jüngerer Zeit. In offiziell mehrsprachigen Ländern jedoch wurden zum Teil erbitterte Auseinandersetzungen ausgefochten im Zusammenhang mit Sprachgesetzen. Aber auch in Deutschland haben sprachpolitische Themen wieder Konjunktur, und dieser Beitrag befasst sich mit den politischen und gesellschaftlichen Kämpfen, die gegenwärtig um diese Themen herum ausgefochten werden¹.

Dass die deutsche Sprache wieder zu einem Gegenstand der Politik geworden ist, spiegelt auch der Umstand wieder, dass in der Sprachwissenschaft die Positionen, um die es in den Sprachkämpfen geht, selbst kontrovers diskutiert werden. Es gibt weder bezüglich der Rechtschreibreform noch zur geschlechtergerechten Sprache oder zur Frage, ob Deutsch ins Grundgesetz aufgenommen werden sollte, eine 'einheitliche' Position – dies ist wohl auch gerade in der Wissenschaft kaum zu erwarten. Für jedes der in diesem Beitrag erwähnten Themen, zu denen Sprachkämpfe ausgetragen werden, gibt es wissenschaftliche Positionen pro und contra, und Kontroversen dazu werden in der Wissenschaft auch ausgetragen. Zuweilen gelangen diese bis in die Öffentlichkeit, wie es bei der Debatte um die Rechtschreibreform geschehen ist. Oftmals bleiben sie aber für

¹ Der vorliegende Beitrag basiert auf Henning Lobin, *Sprachkampf. Wie die Neue Rechte die deutsche Sprache instrumentalisiert*, Dudenverlag, Berlin 2021.

Außenstehende eher unsichtbar – so ist es etwa bei der geschlechtergerechten Sprache.

Der vorliegende Beitrag hat nicht zum Ziel, die wissenschaftlichen Kontroversen nachzuzeichnen, sondern vielmehr die öffentlichen Auseinandersetzungen zu verschiedenen sprachlichen Themen darzustellen und welchen Bezug diese zu allgemeinpolitischen Zielen und Interessen aufweisen. Die wissenschaftsinternen Auseinandersetzungen können, müssen aber nicht mit allgemeinpolitischen Auffassungen in Verbindung stehen. In den Sprachkämpfen selbst spielen die Argumente und Positionen aus der Wissenschaft zumeist nur eine eher untergeordnete Rolle.

2. Themen

Neben der geschlechtergerechten Sprache, der als einem derzeit besonders intensiv diskutierten Thema der nachfolgende Abschnitt gewidmet sein soll, gibt es eine ganze Reihe von Kontroversen, die teilweise eine schon längere Historie aufweisen.

Der ‘Verein deutsche Sprache’, der 1996 mit dem Ziel, die Aufnahme von Fremdwörtern ins Deutsche zu bekämpfen, gegründet wurde, ist vor allem mit seiner Initiative zur Aufnahme der deutschen Sprache ins Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Erscheinung getreten. Es geht darum, die deutsche Sprache als Staatssprache im Grundgesetz zu verankern². Konkretes Anliegen ist es, Artikel 22, in dem es in den ersten beiden Absätzen um die deutsche Hauptstadt und die Nationalflagge geht, um einen dritten Absatz mit folgendem Wortlaut zu erweitern: «Die Sprache der Bundesrepublik Deutschland ist Deutsch». Der VDS brachte diese Forderung nach einer an den damaligen Bundestagspräsidenten Norbert Lammert gerichteten Unterschriftenaktion zunächst 2011 in den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages ein, wo es aufgrund einer Gegenpetition zu keinem Votum der Abgeordneten kam³.

Der VDS ließ sich aber von dieser Niederlage nicht entmutigen und hielt das Thema mit einer Arbeitsgruppe, diversen Beiträgen in seiner Vereinszeitung und durch Beschlüsse auf seinen Mitgliederversamm-

2 Zur neueren Geschichte dieses Ziels vgl. Falco Pfalzgraf, *Bestrebungen zur Einführung eines Sprachschutzgesetzes seit der deutschen Wiedervereinigung*, in «German Life and Letters», 61 (2008), 4, S. 451-469.

3 Vgl. Deutscher Bundestag, *«Deutsch ins Grundgesetz»-Petition stößt auf Skepsis*, <https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2011/36382677_kw45_pa_petitionen-206798> (letzter Zugriff: 06.10.2021).

lungen am Leben. 2016 legte die neu gegründete rechtspopulistische Partei Alternative für Deutschland (AfD) ihr erstes Parteiprogramm vor, worin ein Bekenntnis zu «Deutsch ins Grundgesetz» abgelegt wird⁴. Nach ihrem Erfolg bei der Bundestagswahl im Herbst 2017 war es dann auch einer der ersten Anträge der neu gebildeten AfD-Fraktion im März 2018, die Änderung von Artikel 22 des Grundgesetzes in den Bundestag einzubringen⁵. In der Vorstellung des Antrags ist von einer «Überflutung mit Anglizismen» die Rede und dass die deutsche Sprache «in Gefahr» sei aufgrund des «Englischwahns» in Wissenschaft und Wirtschaft. Der Antrag wird mit den Stimmen der anderen Fraktionen, auch denen der CDU, jedoch abgelehnt.

Wenn es um die großen Sprachschlachten geht, darf die Rechtschreibreform nicht fehlen. Bis in die Gegenwart wirken sich die erbittert geführten Auseinandersetzungen in den Jahren 1996 und danach aus. Die Reform war seinerzeit von einem Internationalen Arbeitskreis für Orthographie noch vor der Wende von 1989 in Angriff genommen worden. Ziel war es, das Regelwerk zu systematisieren – einige radikalere Vorschläge, etwa die Großschreibung von Substantiven abzuschaffen, konnten sich nicht durchsetzen und wurden schnell fallengelassen. Zudem wurden Freiräume für Schreibvarianten geschaffen, die Schreibung nach dem Stammprinzip konsequenter umgesetzt und in vielen Fällen versucht, die Schreibung von Fremdwörtern stärker ins orthografische System des Deutschen zu integrieren. Problematisch an diesem Reformansatz war es, dass die Reform aus der Innenperspektive der Sprachwissenschaft heraus betrieben wurde, während die schulische, die publizistische oder die allgemeine private Schreibpraxis nur eine untergeordnete Rolle spielte. Außerdem stimmten einige der linguistischen Annahmen nicht, was auch zu erheblicher fachlicher Kritik führte. Seinerzeit lagen noch keine so umfangreichen Forschungen zum orthografischen System des Deutschen vor, wie es heute der Fall ist⁶.

Nachdem die Reform durch Zustimmung der verschiedenen staatlichen Gremien (in Deutschland der Kultusministerkonferenz) in

4 Vgl. *Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland*, S. 93, <https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Druck_Online_190118.pdf> (letzter Zugriff: 06.10.2021).

5 Vgl. die Dokumentation des Antrags wie auch der Debatte unter <<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw09-de-deutsch-landessprache-544508>> (letzter Zugriff: 06.10.2021).

6 Für eine kompakte Geschichte der Rechtschreibreform vgl. z.B. Christa Dürscheid, *Einführung in die Schriftlinguistik*, 5., aktualisierte und korrigierte Auflage, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen-Bristol 2016 (= UTB; 3740).

Kraft getreten war und zwischen den angepassten Neuauflagen häufig genutzter Wörterbücher erhebliche Unterschiede erkennbar wurden, begann ein Sprachkampf, der allein 1997 zu 30 Gerichtsverfahren, 1998 zu einer Verfassungsbeschwerde und in Schleswig-Holstein sogar zu einem Volksentscheid führte. Dabei ging es um allgemeine Zuständigkeitsfragen und die verpflichtende Anwendung der neuen Regeln im Bereich der Schule, es wurde aber auch die Frage gestellt, ob es überhaupt einer staatlichen (Neu)regelung der Rechtschreibung bedurft hätte. Verlage machten den Aufwand einer Anpassung an die neue Rechtschreibung geltend, Autorinnen und Autoren fühlten sich gegängelt, die Lehrerschaft als diejenigen, die die Reform 'auszubaden' hätten, sich überangen.

Hinzu kamen grundsätzliche Kritikpunkte: Die Sprache habe sich seit 1902 kaum geändert, und das Schreiben sei nicht die einzige Verwendungsweise von Schriftsprache, die zu berücksichtigen sei, auch die Praktikabilität der Orthografie für das Lesen müsse bedacht werden. Als dann sogar noch die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» nach anfänglicher Umsetzung der Reform im Jahr 2000 zur alten Rechtschreibung zurückkehrte, später dem auch noch die Axel Springer AG, der Spiegel-Verlag und weitere Verlagshäuser folgten, drohte die Einheitlichkeit der deutschen Rechtschreibung buchstäblich unterzugehen. Auch innerhalb der Germanistik wurde der Kampf offen ausgetragen.

Der unglückliche Verlauf der ersten Reformphase führte dazu, dass einige der Regeländerungen, die auf besonders großen Protest gestoßen waren, zurückgenommen oder als optional deklariert wurden. Auch die Zwischenstaatliche Kommission aus Fachwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern wurde vom weitaus breiter ausgelegten Rat für deutsche Rechtschreibung abgelöst. 2006 trat die revidierte Fassung der amtlichen Regelung in Kraft, und mit ihr wurde auf diesem Kriegsschauplatz ein Waffenstillstand erzielt. Nach und nach stellten auch die Verlage, die der Reform zunächst ablehnend gegenüberstanden hatten, ihre Hausorthografien auf die neue Regelung um. Der Rechtsschreibrat beobachtet seitdem ohne großes Medienecho den Schreibusus in den deutschsprachigen Ländern und Regionen und spricht in seinen Berichten alle sechs Jahre Empfehlungen für moderate Anpassungen des Regelwerks und der Wörterliste aus. Nur der Genderstern hat in letzter Zeit zu heftigeren öffentlichen Reaktionen geführt.

Wenn es um Rechtschreibung geht, ist auch der Duden nicht fern. Zwar hat dieser bereits seit der Reform von 1996 nicht mehr die Kompetenz, die Orthografie selbst zu regeln, doch wird die Auswahl der Wörter im Duden-Recht Schreibwörterbuch oftmals als eine Fest-

legung missverstanden, was zum Wortschatz der deutschen Sprache gehört und was nicht. Auch wenn die Dudenredaktion immer wieder betont, dass ihre Auswahl allein nach rein sachlichen Kriterien – etwa dem der Gebrauchshäufigkeit oder der Rechtschreibungsschwierigkeit – geschieht, wird ihr immer wieder unterstellt, mit dieser Auswahl eine Absicht zu verbinden. Ein beliebter Topos ist es dabei, einen Zusammenhang mit George Orwells Roman *1984* herzustellen, in dem durch eine regulierte Sprachvariante namens ‘Neusprech’ das Denken der Menschen beeinflusst werden soll.

Der Duden hat mit der 28. Auflage allerdings aus Sicht seiner Kritiker einen Sündenfall begangen: Erstmals finden sich dort Hinweise zu geschlechtergerechter Schreibung. Obwohl die besonders umstrittenen, aber immer häufiger vorkommenden Formen wie der Genderstern oder der Unterstrich ausdrücklich als nicht vom amtlichen Regelwerk gedeckt ausgewiesen sind, hat sich daran die Kritik bei dieser Auflage ganz besonders entzündet. Manche Kritiker meinen sogar, dass der Dudenverlag damit einer geheimen Direktive der Regierung folge⁷.

In eine ganz andere Richtung zielt eine der großen Sprachschlachten, die sich von ihren Wurzeln so weit entfernt hat, dass es sich lohnt, sich ihren Ursprung zunächst noch einmal zu vergegenwärtigen. Es ist der oftmals mit ‘politischer Korrektheit’ bezeichnete Komplex, zu dem heute auch seine Umkehrung gehört, die ‘Sprachverrohung’. Bei ‘politischer Korrektheit’ handelt es sich im Wesentlichen um das Ideal von Respekt und Höflichkeit, das konsequent auf den Bereich der Sprache angewandt wird und sich an den Maßstäben des Gegenübers orientiert.

Das ganze Spektrum dessen, was oft mit ‘politischer Korrektheit’ kategorisiert wird, findet sich im Diversitätsleitfaden *Vielfalt zum Ausdruck bringen!* der Berliner Senatsverwaltung. Dieser 44 Seiten starke Text wurde im September 2020 als eine interne Handreichung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den verschiedenen Verwaltungsbereichen der Stadt als Anlage des «Diversity-Landesprogramms» verabschiedet⁸. Erklärtes Ziel des Leitfadens ist es laut dem

7 So in dem Blog-Beitrag von Thomas Paulwitz vom 06.09.2020 auf «reitschuster.de»: *Drück die Regierung den Genderstern durch?*, <<https://www.reitschuster.de/post/drueckt-die-regierung-den-genderstern-durch/>> (letzter Zugriff: 06.10.2021).

8 Vgl. Berliner Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung Anlage 2 ohne Datum (10.09.2020), *Vielfalt zum Ausdruck bringen! Ein Leitfaden für Mitarbeitende der Berliner Verwaltung*, vom <https://www.berlin.de/sen/lads/_assets/schwerpunkte/diversity/materialien-und-links/leitfaden_vielfalt-zum-ausdruck-bringen.pdf> (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Einleitungskapitel, wegen der hitzigen Debatten zu diesem Thema «zur sachlichen Diskussion und zum bewussten Umgang mit Sprache» beitragen zu wollen. Der Leitfaden ist nach einigen einordnenden Ausführungen gegliedert in Abschnitte wie «Ethnische Herkunft/Hautfarbe», «Religion und Weltanschauung», «Behinderung», «Sexuelle Orientierung» oder «Alter» und nimmt hier zu verschiedenen Sprach- und Bildbeispielen mit recht ausführlichen Erläuterungen jeweils Einordnungen und Empfehlungen vor.

Es war zu erwarten, dass ein solcher Leitfaden auf heftige Kritik stoßen würde. Felix Krautkrämer sieht es in der «Jungen Freiheit» als eine Verirrung an, ‘Asylanten’ als ‘Schutzberechtigte’ zu bezeichnen, ‘Kopftuchträgerinnen’ als ‘Musliminnen’ oder ‘illegale Migranten’ als ‘undokumentierte Migranten’⁹. Man muss sich gar nicht darauf einigen, dass in Bezeichnung und Anrede dieser Personen mit den nicht empfohlenen Ausdrücken eine Einordnung vorgenommen wird, die vielleicht gar nicht stimmt. Vielmehr versetzt sich Krautkrämer mit seiner Kritik nicht in die Position derjenigen, die in einer Großstadt wie Berlin ein konkretes Anschreiben oder Formular zu entwerfen haben, bei denen es womöglich sogar um die administrative Bearbeitung von Fragen des Asyls, der Religionszugehörigkeit oder eines Fluchtgeschehens geht – und die die durch diesen Leitfaden eigentlich Adressierten sind.

3. Geschlechtergerechtes Deutsch

Der Gegenstand selbst ist mittlerweile sehr gut erforscht. Im 2018 erschienenen Grundlagenwerk *Genderlinguistik* von Helga Kotthoff und Damaris Nübling werden auf 350 Seiten knapp 1.000 Publikationen zitiert, mit denen das Gebiet von den theoretischen Grundlagen über alle Systemebenen der Sprache, Sozio- und Psycholinguistik hinweg bis hin zu genderlinguistischen Aspekten in Namen, Schrift, Gespräch, Kommunikation und Medien entfaltet wird. Um so unbefriedigender ist es vor diesem Hintergrund, zu sehen, wie das Thema in der öffentlichen Debatte oftmals auf den Genderstern oder das generische Maskulinum verkürzt wird.

Streng genommen muss man zwei miteinander verwandte, aber doch unterschiedliche Diskurse voneinander unterscheiden. Das ist zum einen das Bemühen um die sprachliche Gleichstellung von

⁹ Vgl. Felix Krautkrämer in «Junge Freiheit» am 10.09.2020: *Wenn der Ausländer zum ‘Einwohner ohne deutsche Staatsbürgerschaft’ wird*, <<https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2020/auslander-einwohnende/>> (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Frauen, das sich im Wesentlichen bis zu den Anfängen der feministischen Linguistik in den 1970er-Jahren zurückführen lässt. Für dieses Anliegen weist die deutsche Sprache mit ihrem Genussystem grundsätzlich die Möglichkeit auf, den Sprachgebrauch in geeigneter Weise anzupassen, auch wenn es im Detail eine ganze Reihe von Fragen zu beantworten gilt. Der Begriff der gendergerechten Sprache im engeren Sinne hingegen stellt die Auffassung der sozialen Konstruktion der Kategorie Geschlecht in den Mittelpunkt und will dabei auch die geschlechtliche Vielfalt zwischen den Polen von Weiblichkeit und Männlichkeit berücksichtigen. Für dieses Anliegen gibt es keine gewachsenen Strukturen in der deutschen Sprache, so dass die propagierten Lösungen für Personenbezeichnungen wie der Asterisk ('Genderstern') in der Schriftsprache oder der glottale Verschlusslaut (Knacklaut wie in 'Wähler-innen') auch besonders deutlich in den Fokus der Auseinandersetzung geraten. Allenfalls das Neutrum oder bezüglich Genus oder Sexus unbestimmte Wörter lassen sich hier sprachlich direkt zuordnen.

Man muss demzufolge die Pro-und-Contra-Argumente danach differenzieren, auf welchen Diskurs sie sich beziehen¹⁰. Für die sprachliche Gleichstellung von Frauen etwa lassen sich einige plausible Gründe nennen: Formen im generischen Maskulinum wie 'Wähler', mit denen gleichermaßen auf Männer wie Frauen referiert wird, bewirken eine Verstärkung einer Vorstellung von Männlichem, die sich experimentell nachweisen lässt. Das 'Mitmeinen' von Frauen, das in Verwaltungstexten bis vor einiger Zeit gern konstatiert wurde, funktioniert also nur mit Einschränkungen¹¹. Die Verwendung von femininen Formen verändert sogar Auswahlentscheidungen, etwa wenn es um die Zuordnung von Geschlechtern zu Berufen geht¹². Zudem sollte man Menschen so ansprechen – so ein weiteres Argument –, wie sie angesprochen werden wollen, und selbst wenn

10 In diesem Buch wird im Folgenden zusammenfassend von «geschlechtergerechter Sprache» gesprochen.

11 Vgl. dazu auch Gabriele Diewald am 17.09.2018 im «Tagesspiegel»: *Mitgemeint, aber ausgeschlossen*, <<https://www.tagesspiegel.de/wissen/streit-um-das-generische-maskulinum-mitgemeint-aber-ausgeschlossen/23077686.html>> (letzter Zugriff: 06.10.2021). Ihr Beitrag ist eine Reaktion auf Peter Eisenberg in der gleich Zeitung vom 08.08.2018, wo er für die Existenz des generischen Maskulinums argumentiert: *Finger weg vom generischen Maskulinum!*, <<https://www.tagesspiegel.de/wissen/debatte-um-den-gender-stern-finger-weg-vom-generischen-maskulinum/22881808.html>> (letzter Zugriff: 06.10.2021).

12 Vgl. die Zusammenfassung verschiedener Studien in Helga Kotthoff – Damaris Nübling, *Genderlinguistik. Eine Einführung in Sprache, Gespräch und Geschlecht*, Narr Francke Attempto Verlag, Tübingen 2018, S. 99-122.

viele Frauen in Meinungsumfragen zuweilen angeben, dass ihnen das Thema nicht sehr wichtig sei, so zeigen wiederum wissenschaftliche Befragungen, dass sie in konkreten Fällen mehrheitlich doch lieber in der weiblichen Form ('liebe Kundin' statt 'lieber Kunde') angesprochen werden wollen¹³.

Immer wieder wird laienlinguistisch geltend gemacht, dass das Genus im Deutschen ja überhaupt nichts mit dem biologischen Geschlecht zu tun habe, sonst könne es ja nicht 'das Mädchen', 'der Vamp' und 'die Memme' heißen. Die Mainzer Sprachhistorikerin Damaris Nübling hat allerdings gezeigt¹⁴, dass derartige Genus-Verschiebungen durchaus einem Muster folgen: Der 'unmännliche' Mann wird ins 'Weibische', ins Femininum verschoben ('die Memme'), die Frau, die nicht ihrem Rollenbild entspricht und damit provoziert, ins Maskulinum ('der Vamp') und die meist junge Frau, der man die Eigenschaft des Frauseins ganz abspricht, ins Neutrum ('das Mädchen', dialektal 'das Annerl'). Das Genus im Deutschen kodiert zwar nicht das biologische – so die Schlussfolgerung –, wohl aber das soziale Geschlecht, also Gender, und aus dieser Warte betrachtet sind ganz erstaunliche Muster und regelhaft verlaufende historische Prozesse zu erkennen, mit denen das biologische Geschlecht durch Sprache sozial überformt wird. Dies ist als sozialhistorisches Erbe tief in den sprachlichen Strukturen des heutigen Deutsch enthalten. Ähnliches gelte für das generische Maskulinum. Dass es hier zu einem Widerspruch zu der wahrgenommenen Realität einer geschlechtlichen Vielfalt kommt, ist evident.

Auch die Gegenseite führt eine ganze Reihe von Argumenten ins Feld. Zentral dabei ist die Bewertung des generischen Maskulinums. Danach bezeichnet die maskuline Form ('die Wähler') im Falle von Personengruppen keineswegs nur deren männlichen Teil. Sie sei vielmehr als die in Hinsicht auf das biologische Geschlecht unmarkierte Form zu verstehen, so dass dieses überhaupt nicht als solches benannt sei und deshalb keine Rolle spiele. Für diese Sichtweise kann man vor allem sprachhistorische und systematische Gründe geltend machen. Nur wenn eine explizit weibliche Form neben die im Maskulinum gebildete Form tritt, dann werde aus dem generischen ein spezifisches, den Sexus 'männlich' bezeichnendes Maskulinum ('Wählerinnen und Wähler'). Hinzu kommen verschiedene Phänomene in der deutschen

13 Vgl. Astrid Adler – Albrecht Plewnia, *Die Macht der großen Zahlen. Aktuelle Spracheinstellungen in Deutschland*, in *Neues vom heutigen Deutsch. Empirisch – methodisch – theoretisch*, hrsg. v. Ludwig M. Eichinger – Albrecht Plewnia, De Gruyter, Berlin-Boston (= Jahrbuch des Instituts für Deutsche Sprache), S. 141-162.

14 Vgl. überblicksartig dazu Kotthoff – Nübling, *Genderlinguistik*, a.a.O., S. 61-89.

Sprache, in denen sichtbar wird, dass neben dem Maskulinum eine andere Genusform überhaupt nicht gebildet werden kann. Beim Fragewort 'wer' ist das beispielsweise der Fall: 'wer' transportiert das Genus Maskulinum, was in Sätzen wie «*Wer* möchte von *seiner* Schwangerschaft erzählen?» sichtbar wird. Eine feminine Form von 'wer' gibt es nicht. Die Studien zur Genus-Sexus-Abhängigkeit, so ein weiterer Kritikpunkt, würden methodische Schwächen aufweisen oder ganz an der Sache vorbeigehen, sodass das generische Maskulinum dadurch keineswegs in Frage gestellt werde.

Bestrebungen zur sprachlichen Kenntlichmachung der Geschlechter werden aus dieser Perspektive mit dem Argument abgelehnt, dass damit ein unzulässiger Eingriff in das fein austarierte System der deutschen Sprache verbunden sei. Dieses sei gewachsen und hätte sich in einem evolutionären Prozess an die kommunikativen Bedürfnisse angepasst. Ähnlich wie ein Ökosystem durch Eingriffe aus dem Gleichgewicht gebracht werden könne, könne auch das Ökosystem der Sprache ins Ungleichgewicht geraten, wenn willkürlich darin eingegriffen werde. Neben der linguistisch motivierten Kritik wird zudem darauf hingewiesen, dass auch andere personenbezogene Kategorien wie Alter oder Hautfarbe zu Diskriminierungen führen können, ohne dass sie überhaupt versprachlicht werden. Bezogen auf die Gleichstellung bedeute das, dass andere Maßnahmen viel wichtiger seien als der Gebrauch einer geschlechter- oder gendergerechten Sprache. Überdies werde durch die geschlechtergerechte Bezeichnung von Personen die Kategorie Geschlecht oftmals geradezu herausgehoben und dadurch überhaupt erst ins Bewusstsein gebracht.

Die Kontroverse um das geschlechtergerechte Deutsch hat aus mehreren Gründen in den letzten Jahren an Intensität gewonnen. Es war besonders eine Buchveröffentlichung, die 2017 das Blut der Gegner geschlechtergerechter Sprache in Wallung versetzte: der im Dudenverlag erschienene Ratgeber *Richtig gendern* von Gabriele Diewald und Anja Steinhauer¹⁵. Die Kritik speist sich aus einer Reihe von Missverständnissen. Im Zentrum steht natürlich die Kritik am 'Gendern' selbst, auch wenn in dem Buch ausdrücklich davon die Rede ist, dass man denjenigen einen Ratgeber an die Hand geben möchte, die in Schulen, Universitäten und Behörden aufgrund entsprechender Erlasse konkret mit der Aufgabe konfrontiert sind, Texte in geschlechtergerechter Sprache zu verfassen. Sie wollen sich damit gerade abgrenzen von ideologisch behafteten Hinweisen oder allge-

15 Gabriele Diewald – Anja Steinhauer, *Richtig gendern. Wie Sie angemessen und verständlich schreiben*, Dudenverlag, Berlin 2017.

meinen Stellungnahmen zum Thema, um durch praktische Formulierungshinweise das Thema zu versachlichen.

Zugleich haben in den letzten Jahren auch einige Grundsatzurteile, Gesetzesnovellen und Verordnungen die Diskussion angeheizt. Am 22. Dezember 2018 etwa trat eine Änderung des Personenstandsgesetzes in Kraft, nach der neben den Geschlechtsangaben ‘männlich’ und ‘weiblich’ auch ‘divers’ ermöglicht wurde. Diese Gesetzesänderung ging auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2017¹⁶ zurück, nach dem bei intersexuellen Personen im Rahmen der damals geltenden Gesetzesfassung auch das Offenlassen dieser Angabe ermöglicht wurde. Seitdem ist es nicht nur notwendig, in Stellenanzeigen durch die Angabe ‘m/w/d’ alle drei gesetzlich möglichen Geschlechtsangaben zu berücksichtigen, sondern die gesetzliche Regelung kann geradezu als eine Einladung dafür verstanden werden, die erstmals rechtlich festgeschriebene geschlechtliche Vielfalt nun auch sprachlich in angemessener Form zu erfassen, etwa durch den Genderstern.

Kurz nach dem Bundesverfassungsgericht erließ der Bundesgerichtshof ein Urteil¹⁷, das sich mit dem generischen Maskulinum befasste, genauer mit der Frage, ob eine Sparkassenkundin Anspruch darauf hätte, in Vordrucken und Formularen in einer femininen Form angesprochen zu werden (‘Kundin’) oder nicht (‘Kunde’). Der BGH entscheidet zugunsten des generischen Maskulinums, nachdem im Urteil durchaus die unterschiedlichen Sichtweisen auf dieses grammatische Problem betrachtet werden. Trotzdem führte das Urteil zu einem großen Medienecho, wurde damit doch ein Problem ‘amtlich’, das in Tausenden von Formularen, Vordrucken und Behördenschreiben schlummert.

In den gleichen Zeitraum fallen erste Beschlüsse von Stadtverwaltungen, Regelungen für eine geschlechtergerechte Sprachverwendung in den Schreiben an die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zu erlassen. Zwar gab es derartige Regelungen schon in manchen anderen Verwaltungen, etwa in Hochschulen oder Ministerien, aber durch den Gebrauch in Stadtverwaltungen wurde damit auf einen Schlag eine viel größere Zahl von Menschen konfrontiert. Hannover führte entsprechende Regelungen, die den Genderstern umfassen, am 18.

16 Vgl. den Beschluss des Bundesverfassungsgericht vom 10.10.2017 – 1 BvR 2019/16, <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2017/10/rs20171010_1bvr201916.html> (letzter Zugriff 06.10.2021).

17 Vgl. das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 13.3.2018 – VI ZR 143/17, <<http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=en&nr=82652&pos=0&anz=1>> (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Januar 2019 ein¹⁸, es folgten unter anderem Dortmund¹⁹ und Anfang 2020 Lübeck, wo man sich entschied, statt auf den Genderstern auf den Doppelpunkt als Kennzeichnung geschlechtlicher Vielfalt zu setzen (‘Kund:in’)²⁰. Als erstes Bundesland beschloss Sachsen im Juli 2020, Gesetze und Verordnungen in geschlechtergerechter Sprache zu verfassen²¹.

4. Der ‘Verein Deutsche Sprache’

Was ist das für ein Verein, dieser mehrmals erwähnte ‘Verein Deutsche Sprache’? Beim Blick auf seine Webseiten oder in andere Ausgaben der ‘Sprachnachrichten’ wird schnell klar, dass es ihm keineswegs nur darum geht, den Austausch zwischen Freunden der deutschen Sprache zu organisieren. Der Verein hat sich ausdrücklich sprachpolitische Ziele gesetzt, die in der Satzung niedergelegt sind²². Der VDS hat sich damit zu einem eigenständigen sprachpolitischen Akteur erklärt.

Das sprachpolitische Anliegen des Vereins wird auf seinen Webseiten deutlich markiert²³. Monatelang herausgestellt wird etwa die Jahr für Jahr zelebrierte ‘Sprachpanser’-Wahl, bei der es um Institutionen oder Personen geht, die sich nach Ansicht der Vereinsmitglieder am meisten durch die Verwendung von Anglizismen an der

18 Vgl. Webseite der Stadt Hannover: <<https://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Verwaltungen-Kommunen/Die-Verwaltung-der-Landeshauptstadt-Hannover/Gleichstellungsbeauftragte-der-Landeshauptstadt-Hannover/Aktuelles/Neue-Regelung-f%C3%BCr-geschlechtergerechte-Sprache>> (letzter Zugriff: 06.10.2021).

19 Vgl. Webseite der Stadt Dortmund: <https://www.dortmund.de/media/p/frauenbuero/downloads_frauenbuero/Leitfaden_fuer_gendersensible_Sprache.pdf?fbclid=IwAR0B6yWwHKxgm84-1RCWoqLTwQYPiE0Z8Eh_m5UFpIp-VtoxCmfSRShUfVqY> (letzter Zugriff: 06.10.2021). Da Dortmund Sitz des Vereins Deutsche Sprache ist, führt dies im VDS zu besonders empörten Reaktionen.

20 Vgl. Webseite der Hansestadt Lübeck (<<https://luebeck.de/gender>>, letzter Zugriff: 06.10.2021) und «Süddeutsche Zeitung» vom 03.01.2020 (*Empörung über Leitfaden zur geschlechtsneutralen Sprache*, <<https://www.sueddeutsche.de/politik/kommunen-dortmund-empowerung-ueber-leitfaden-zur-geschlechtsneutralen-sprache-dpa.urn-newsml-dpa-com-2009101-200103-99-338729>>, letzter Zugriff: 06.10.2021).

21 Vgl. Britta Veltzke auf «mdr.de» am 14.07.2020: *Sachsen führt geschlechterneutrale Sprache in Gesetzen ein*, <<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/politik/sachsen-geschlechterneutrale-gesetze-100.html>> (letzter Zugriff: 06.10.2021).

22 § 2 der Vereinssatzung, vgl. <<https://vds-ev.de/verein/satzung/>> (letzter Zugriff: 06.10.2021).

23 Vgl. Webseite des ‘Vereins Deutsche Sprache’: <<https://vds-ev.de/>> (letzter Zugriff: 06.10.2021).

deutschen Sprache versündigt haben. Auch der Aufruf «Schluss mit dem Gender-Unfug» ist noch nach fast zwei Jahren großflächig auf der Einstiegsseite präsent. Erweitert wurde diese inzwischen unter dem Titel *Mutige Studenten gesucht* um eine Initiative, in der Musterprozesse von Studierenden gefördert werden, die durch die Anforderung, in Seminararbeiten geschlechtergerechte Sprache zu verwenden, Nachteile erlitten hätten. Wie Krämer jedoch in der «Welt am Sonntag» zugibt, hatte diese Aktion keinen sonderlichen Erfolg, «der Sinn für zivilen Ungehorsam» sei «unterentwickelt»²⁴.

In verschiedenen Rubriken werden weitere Ziele aufgegriffen: ‘Deutsch ins Grundgesetz’, die Veranstaltung des ‘Tages der deutschen Sprache’ oder der ‘Anglizismenindex’. Letzterer bietet eine grobe Kategorisierung von Anglizismen als ‘ergänzend’, ‘differenzierend’ und ‘verdrängend’, welche mit einer grün-gelb-roten Kennzeichnung versehen sind. Bereits 2013 hat Karl-Heinz Göttert darauf hingewiesen, dass dieser Index weit hinter dem Stand zurückbleibt, der in der neueren Fremdwortforschung erreicht ist und der längst ein differenziertes Instrumentarium dafür bereithält, dieses für die Sprachentwicklung konstitutive Gebiet in geeigneter Weise zu behandeln²⁵.

Die sprachpolitische Agenda des VDS kommt besonders gut in den diversen Pressemitteilungen zu tagesaktuellen Themen zum Ausdruck, in denen vor allem durch Zitate des Vorsitzenden Krämer mit zugespitzten Formulierungen die Sicht des VDS verbreitet wird. So verurteilt er in einer Mitteilung 2020 den erwähnten Sprachgebrauch von Anne Will:

Journalisten und Moderatoren müssen sich wieder auf die Qualität ihrer Inhalte besinnen und aufhören, die deutsche Sprache durch falsche Konstrukte zu zerstören. [...] Das Aufdrängen künstlicher Gendersprache – vor allem im öffentlich-rechtlichen Fernsehen – muss ein Ende haben²⁶.

24 Vgl. Till-Reimer Stoldt in der «Welt» vom 04.05.2020: *Verbalen Teppich aus Anglizismen und Pseudoanglizismen ausgerollt*, <<https://www.welt.de/politik/deutschland/article207715081/Coronavirus-Kritik-an-ARD-und-ZDF-gegen-Pseudoanglizismen.html>>, (letzter Zugriff: 06.10.2021).

25 Vgl. Göttert, Karl-Heinz, *Abschied von Mutter Sprache. Deutsch in Zeiten der Globalisierung*. S. Fischer, Frankfurt a.M. 2013, S. 101-118. Zur wissenschaftlichen Deutung von Fremdwörtern überhaupt vgl. Peter Eisenberg, *Anglizismen im Deutschen, in Reichtum und Armut der deutschen Sprache. Erster Bericht zur Lage der deutschen Sprache*, hrsg. v. Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung/Union der deutschen Akademien, De Gruyter, Berlin-Boston 2013, S. 57-119 und Ders., *Das Fremdwort im Deutschen*, 3., überarb. und erweit. Aufl., De Gruyter, Berlin 2018.

26 Vgl. Pressemitteilung des ‘Vereins Deutsche Sprache’: *Medien dürfen Lebenswirklichkeit ihrer Zuschauer nicht missachten*, <<https://vds-ev.de/pressemitteilungen/medien-duerfen-lebenswirklichkeit-ihrer-zuschauer-nicht-missachten/>> (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Weiterhin bezeichnet er den individuellen Sprachgebrauch der Moderatorin als ein ‘Sprachdiktat’ und behauptet, dass die öffentlich-rechtlichen Sender ihrem Bildungsauftrag nicht gerecht werden, «wenn sie die amtlichen Regeln der deutschen Rechtschreibung verbiegen». Dies ist insofern auch hier irritierend, als sich die Pressemitteilung auf den *mündlichen* Sprachgebrauch von Anne Will bezieht.

Grundlegende Topoi der Kritik werden in der kurzen Pressemitteilung zuverlässig bedient: «Es muss Schluss damit sein, dass die öffentlich-rechtlichen Sender ihren Rezipienten eine Sprache aufdrücken, die nicht ihrer Lebenswirklichkeit entspricht» (die normalen Leute wollen es nicht), «Geschlechtergerechtigkeit ist auch für den VDS ein wichtiges und richtiges Ziel – die äußeren Eingriffe in die gewachsene Sprache haben jedoch nichts mit Gerechtigkeit der Geschlechter zu tun» (geschlechtergerechte Sprache hat keine Wirkung) und «Wer Gerechtigkeit haben möchte, muss echte Probleme angehen» (es gibt andere, wichtigere Themen).

In einer anderen Mitteilung – Titel: *Rechtschreibung darf nicht ausgehöhlt werden*²⁷ – wird in einer ebenfalls sehr freihändigen Logik die Aussage vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kretschmann kritisiert, das Erlernen der deutschen Rechtschreibung habe wegen der technischen Hilfestellung beim Schreiben heute einen geringeren Stellenwert als früher. Diese Aussage sei nicht zu Ende gedacht, wird Krämer zitiert. Schreibende könnten sich

durchaus mal vertippen und dabei trotzdem ein korrektes deutsches Wort schreiben. [...] Ein kleiner Fehler wie ein fehlendes oder zusätzliches ‘a’ (z.B. symmetrisch/asymmetrisch) [kann] einer Aussage eine völlig andere Zielrichtung geben.

Kretschmanns Aussage sei deshalb ‘populistisch’, stellt Krämer in kühner Konsequenz fest.

Wer ist eigentlich der Gegner des VDS? Gegen wen richten sich seine Aufrufe und Initiativen? Haben wir es mit einem Gegner zu tun, der die gleichen Mittel einsetzt? Einen Verein, der *für* Anglizismen, geschlechtergerechte Sprache und die Beibehaltung der bestehenden Grundgesetzregelung ist, gibt es jedenfalls nicht. Das Thema „Deutsch ins Grundgesetz“ ist ohnehin eines, das in die politische Sphäre hineingetragen wurde und Gegenstand einer politischen Auseinandersetzung war – und im Falle einer Neuauflage erneut sein wird.

²⁷ Vgl. Pressemitteilung des ‘Vereins Deutsche Sprache’: *Rechtschreibung darf nicht ausgehöhlt werden*, <<https://vds-ev.de/pressemitteilungen/rechtschreibung-darf-nicht-ausgehohlt-werden/>> (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Eine Aktion zugunsten sinnvoller Anglizismen hat Anatol Stefanowitsch ins Leben gerufen, die zu der inzwischen etablierten Wahl eines «Anglizismus des Jahres» geführt hat²⁸. Diese ‘Auszeichnung’ einzelner Wörter oder Wortbildungsmuster erregt breites mediales Interesse. Stefanowitsch hatte die Aktion als Reaktion auf die Kommentare zu den Beiträgen in seinem Blog ‘Sprachlog’²⁹ begonnen mit dem Ziel, auf «den positiven Beitrag des Englischen zur Entwicklung des deutschen Wortschatzes» hinzuweisen. Zu den Anglizismen im Deutschen hatte sich in den Anfangsjahren von Stefanowitschs Blog eine heftige Kontroverse mit dem VDS entwickelt, dessen einzelne Beiträge dort noch nachzulesen sind.

Sehr viel unübersichtlicher wird die Gefechtslage, wenn wir uns dem Thema der geschlechtergerechten Sprache zuwenden. Allein ist der VDS auf diesem Schlachtfeld keineswegs, nachdem sich die Gesellschaft für deutsche Sprache und die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung mit Stellungnahmen eingeschaltet haben³⁰. Diese sind sehr sachlich und differenziert, aber doch ihrem Tenor nach ablehnend gegenüber den besonders auffälligen Kennzeichnungen des Genders durch Stern, Unterstrich oder Doppelpunkt. Den Gegner bilden die Institutionen, Firmen, Organisationen und Menschen, die Verordnungen zur geschlechtergerechten Sprache erlassen, darüber informieren, sie empfehlen oder selbst gebrauchen.

Als zentraler Gegner beim Thema geschlechtergerechte Sprache wird aber immer wieder auf den akademischen Bereich und hier auf die Genderforschung Bezug genommen, wie wir auch in den Zitate zuvor sehen konnten. Mit diesem Forschungsbereich werden oft auch die gesetzlichen Gleichstellungsmaßnahmen, die in öffentlichen Einrichtungen durch Gleichstellungsbeauftragte umgesetzt werden,

28 Vgl. die Webseite des «Anglizismus des Jahres»: <<http://www.anglizismus-desjahres.de/>> (letzter Zugriff: 06.10.2021).

29 Der ‘Sprachlog’ war von 2010-2012 unter <<https://scilogs.spektrum.de/sprachlog/>> zugreifbar, seitdem unter <<http://www.sprachlog.de>> (letzter Zugriff: 06.10.2021).

30 Für die ‘Gesellschaft für deutsche Sprache’ vgl. vom 13.08.2020 die Pressemitteilung *GfDS: Gendersternchen und Co. mit deutscher Rechtschreibung nicht konform* (<<https://gfds.de/pressemitteilung-gendersternchen/>>, letzter Zugriff: 06.10.2021), in der auch auf die ablehnende Bewertung des Gendersterns (<<https://gfds.de/gendersternchen/>>, letzter Zugriff: 06.10.2021) und *Leitlinien der GfDS zu den Möglichkeiten des Genderings* (<<https://gfds.de/standpunkt-der-gfds-zu-einer-geschlechtergerechten-sprache/>> (letzter Zugriff: 06.10.2021) verwiesen wird. Für die Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung vgl. die Stellungnahme vom Juli 2019 (*Drei Fragen zu ‘gendergerechter Sprache’*, <<https://www.deutscheakademie.de/de/aktivitaeten/projekte/sprachkritik/2019-07-26/drei-fragen-zu-gendergerechter-sprache/>>, letzter Zugriff: 06.10.2021).

und die als Gender-Mainstreaming bezeichnete Umsetzungsstrategie für Gleichstellungsziele in einen Topf geworfen, um dann auch die jährlichen Gesamtkosten mit Fantasiebeträgen benennen zu können.

Selbst die Genderforschung ist keineswegs der zusammenhängende Block, als der sie in der Kritik gern dargestellt wird. Die meisten Professuren weisen nur eine Teildomination in diesem Bereich auf und haben ansonsten ihr Standbein in einer anderen, etablierten Disziplin, etwa der Rechtswissenschaft, Maschinenbau, den Wirtschaftswissenschaften, Literaturwissenschaft, Medizin oder Physik³¹.

5. Die Sprachpolitik der Partei Alternative für Deutschland

Mit dem Einzug der AfD in den deutsche Bundestag 2017 ist dort nun erstmals eine Partei vertreten, die eine weitreichende Sprachpolitik bezogen auf das Deutsche vertritt. Im Grundsatzprogramm³² der AfD aus dem Jahr 2016 spielt eine herausgehobene Rolle. Von den 14 Kapiteln des Programms enthält eines, das siebte, 'Sprache' sogar im Titel (*Kultur, Sprache und Identität*) und greift das Thema in zwei der sechs Unterkapitel explizit auf: *Deutsche Kultur, Sprache und Identität* und *Die deutsche Sprache als Zentrum unserer Identität*. Die identitätspolitische Bedeutung der deutschen Sprache wird in diesem Kapitel gleich zu Beginn hervorgehoben:

Unsere Kultur ist untrennbar verbunden mit der über Jahrhunderte gewachsenen deutschen Sprache. Diese spiegelt auf vielfältigste Weise die Geistesgeschichte, das Selbstverständnis dieses Raumes in der Mitte Europas und die Werthaltungen der Deutschen wider, die sich zwar stets verändern, aber dennoch einen einzigartigen Kernbestand aufweisen. Das Band der Sprache ist im allgemeinen Bewusstsein zu halten und zu schützen (S. 93).

Die Behauptung, dass in der deutschen Sprache das Selbstverständnis, also die Identität, des «Raumes in der Mitte Europas» (Deutschland? Deutschsprachiger Raum?) und ein spezifisch deutsches

31 Vgl. die Übersicht zu Genderprofessuren im Portal «Datensammlung Geschlechterforschung»: <<https://www.mvbz.org/genderprofessuren>> (letzter Zugriff: 06.10.2021).

32 Vgl. das Grundsatzprogramm der AfD unter <https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Druck_Online_190118.pdf> (letzter Zugriff: 06.10.2021). Die im Folgenden genannten Seitenzahlen beziehen sich auf diese PDF-Version des AfD-Grundsatzprogramms im DIN-A4-Hochformat. Andere Versionen, die unter <<https://www.afd.de/grundsatzprogramm/>> (letzter Zugriff: 06.10.2021) zu finden sind, weisen andere Paginierungen auf.

Wertesystem kodiert sei, ist ein altbekannter Topos, der sprachwissenschaftlich durch nichts zu belegen ist. Es genügt offensichtlich nicht, die Einzigartigkeit in der Sprache selbst zu sehen, sondern diese mit Eigenschaften aufzuladen, die ihre Beherrschung kulturell mystifizieren und womöglich ihren 'tiefen' Erwerb durch Einwandernde auch zu verhindern vermögen.

Entsprechend formuliert die AfD in ihrem Grundsatzprogramm eine Reihe konkreter Ziele, die dieser identitätsgeladenen Bedeutung der deutschen Sprache Rechnung tragen:

- Deutsch ins Grundgesetz: «Als zentrales Element deutscher Identität muss die deutsche Sprache dem Vorbild vieler anderer Länder folgend als Staatssprache im Grundgesetz festgeschrieben werden» (*ibd.*).
- Deutsch als immaterielles Kulturerbe: Die AfD fordert «einen Aktionsplan, um die deutsche Hochsprache sowie die historisch gewachsenen regionalen Dialekte als immaterielles Kulturerbe der Menschheit langfristig zu erhalten und zu stärken» (*ibd.*).
- Auswärtige Sprachpolitik: Das Goethe-Institut und andere kulturpolitische Instrumente seien einzubeziehen, «um für das Erlernen des Deutschen weltweit zu werben und dieses durch bilaterale Abkommen, Studienförderprogramme usw. nach Kräften zu fördern» (*ibd.*).
- Deutsch in der EU: «Auf EU-Ebene will die AfD dafür sorgen, dass das Deutsche dem Englischen und Französischen auch in der alltäglichen Praxis gleichgestellt wird» (*ibd.*).
- Deutsch an Hochschulen: «Deutsch soll als Lehrsprache erhalten werden» (S. 102).

Im gleichen Abschnitt folgen weitere Äußerungen der Sorge über wahrgenommene Entwicklungen der deutschen Sprache, die sich kaum durch konkrete Maßnahmen, die mehr als nur symbolischer Natur wären, realisieren lassen:

- Ablehnung der Verwendung des Englischen in Deutschland: «Im Inland sieht die AfD mit Sorge, wie die deutsche Sprache im Sinne einer falsch verstandenen ‚Internationalisierung‘ durch das Englische ersetzt [...] wird» (S. 93).
- Ablehnung vermeintlicher Sprachvorgaben und 'politischer Korrektheit': «Politisch 'korrekte' Sprachvorgaben lehnen wir entschieden ab» (*ibd.*); «Diese Allmacht [nämlich 'der Parteien und deren Ausbeutung des Staates', HL] ist Ursache der verbreiteten Politik-

verdrossenheit und nicht zuletzt auch Wurzel der gesellschaftsschädigenden Politischen Korrektheit und des Meinungsdictats in allen öffentlichen Diskursen» (S. 20).

- Ablehnung geschlechtergerechter Sprachverwendung: Die AfD sieht «mit Sorge, wie die deutsche Sprache [...] ‘gegendert’ wird». «Die deutsche Sprache wird abstrus umgestaltet, damit sich die Geschlechteraufhebung auch im alltäglichen Sprachgebrauch wiederfindet. Die AfD lehnt die behördlich verordneten geschlechterneutralen Worterfindungen als Eingriff in die natürlich gewachsene Kultur und Tradition unserer Sprache ab» (S. 109 f.).

Ein wichtiger Bereich der Sprachpolitik bleibt im Grundsatzprogramm der AfD weitgehend unterbelichtet: sprachliche Bildung. Stattdessen heißt es auf Seite 128 des Grundsatzprogramms: «Für die AfD ist die deutsche Staatsangehörigkeit untrennbar mit unserer Kultur und Sprache verbunden». Im Zusammenhang mit der Religionsvermittlung wird gefordert: «Imame sollen in deutscher Sprache an deutschen Universitäten ausgebildet werden, unabhängig von Weisungen des islamischen Auslands und von muslimischen Verbänden» (S. 97). «Soweit ein bekenntnisorientierter islamischer Religionsunterricht stattfindet, fordern wir eine Islamkunde in deutscher Sprache für alle muslimischen Schüler» (S. 108). Eine Kuriosität ist im Kapitel *Wirtschaft, digitale Welt und Verbraucherschutz* zu finden. Dort wird im Abschnitt 10.10, *Digitalisierung als Chance und als Herausforderung*, nach ‘quelloffener Software’, ‘sicherer Hardware’ und ‘sicherer Kommunikation’ auch auf die Digitalisierung von deutscher Literatur eingegangen, die nämlich ausschließlich durch «Experten für deutsche Sprache und Literatur zu leisten ist».

Der Vergleich mit den sprachpolitischen Positionen aller anderen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zeigt, dass es zwar einen kleinen Kernbestand von immer wieder aufgegriffenen Themen gibt, die sich – teilweise mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen – auch in anderen Parteiprogrammen findet. Sieben weitere Themen besetzt die AfD jedoch exklusiv. Mit 12 bis 13 sprachpolitischen Positionen liegt die AfD damit weit vor der CDU mit acht und den weiteren Parteien mit nur zwei bis fünf Positionen.

Es gibt also ein deutlich ausgeprägtes politisches Interesse der AfD an genau den Positionen, die der VDS als Verband vertritt. Dass diese Positionen im rechten Bereich des politischen Spektrums aufgegriffen wurden, hat sicherlich auch etwas damit zu tun, dass es mit dem VDS eine Organisation gab und gibt, die sie effektiv vertritt. Der VDS verknüpft über diese Positionen seine Mitglieder mit

der AfD, die für diese Partei über andere Felder der Politik vermutlich oftmals weniger gut zu erreichen wären. Mit der immer wieder aufs Neue erfolgenden Berufung auf den VDS kann sich die AfD ein strategisches Reservoir potentiell Sympathisierender erschließen, ohne dabei Themen adressieren zu müssen, mit der sie ein gemäßigtes Bürgertum eher abschrecken würde.

Aber auch die Führung des VDS hat einiges dazu beigetragen, ihre eigenen Mitglieder für eine neurechte Partei wie die AfD anschlussfähig zu machen. In der Zuspitzung, die oft genug bis zur Ausfälligkeit geht, hat der Vorsitzende des VDS, Walter Krämer, in der Debatte um die deutsche Sprache mit seinen Verlautbarungen und Artikeln einen Stil etabliert, der zuweilen wie eine Vorform dessen erscheint, was heute bei 'Achse des Guten', 'Tichys Einblick' oder 'Compact' zu lesen ist. In den Pressemitteilungen der AfD werden die gleichen Themen behandelt wie in denen des VDS, und meistens werden dabei sogar die vom VDS geprägten Formulierungen aufgegriffen.

Es ist also wohl nicht ganz falsch zu sagen, dass der VDS der AfD den Teppich dafür ausgerollt hat, das Thema 'deutsche Sprache' als einen moderaten Ersatznationalismus etablieren zu können. Vielleicht war das so nicht gewollt, aber es ist schon genug Zeit verstrichen, um sich in der Sache und im Stil davon zu distanzieren. Geschehen ist das bislang nicht.

Die zentrale Frage bei der Betrachtung des durch die AfD geführten politischen Kampfs für die deutsche Sprache ist die, warum sie diesen überhaupt führt. Keine der anderen im Bundestag vertretenen Parteien sieht es offenbar als notwendig an, sich auf dem Feld der Sprachpolitik zu profilieren, ja sich überhaupt derartige Ziele zu setzen. Ist der AfD so sehr an der deutschen Sprache gelegen, dass sie ganz uneigennützig dieses Kulturgut schützen und fördern möchte?

Sprache ist danach nicht einfach nur ein Kommunikationsmittel, sondern kodiert und bewahrt eine kulturelle Prägung. Das «Selbstverständnis» des «Raumes in der Mitte Europas» und die «Werthaltungen der Deutschen», wie es die AfD schreibt, bilden zusammen mit der deutschen Sprache nach dieser Auffassung zwei Seiten ein und derselben Medaille. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass man die deutsche Kultur nur erfassen kann, wenn man außer der Sprache auch das besagte Selbstverständnis und die Werthaltungen teilt. Sprache allein genügt also nicht, um der deutschen Eigentlichkeit teilhaftig zu werden. In einer Zeit, in der Begriffe wie 'Nation' oder 'Volk' (und erst recht 'Rasse') als verdächtig erscheinen, erweist sich ein in dieser Weise ethnokulturell aufgeladener Sprachbegriff somit als geeignet, die als notwendig angesehene Abgrenzungsfunktion zu übernehmen.

An dieser Stelle wird sichtbar, warum sich Sprachpolitik so gut als ein Mittel nationalidentitärer Politik eignet. Identitäre Sprachpolitik erlaubt es, die Werte einer so verstandenen Identität in einer attraktiven Gewandung mehrheitsfähig zu vermitteln: Sprache wird als Teil einer umfassenden Kultur angesehen, deren Errungenschaften identitätsstiftend sind und die in der Sprache bewahrt werden. Zugehörigkeit wird durch Sprache definiert, und die Hürden einer kulturellen Integration durch die in der Sprache kodierte Eigentlichkeit, die es für jemanden, der dazugehören will, erst einmal zu erfassen gilt, über das Erlernen der Sprache hinaus erhöht. Uralte kulturhistorische Traditionen sind danach im Meer der sprachlichen Identität herabgesunken und wurden sedimentiert im traditionellen Wertesystem in seiner begrifflichen Ordnung. Beides wiederum wird durch die Missachtung der identitätsstiftenden Tiefe der Sprache entstellt und zerstört, etwa durch Anglizismen, Gendersprache oder 'politische Korrektheit'. – Die AfD setzt wie keine andere Partei auf Sprachpolitik, weil sie dadurch die Elemente ihrer nationalidentitären Politik geradezu idealtypisch transportieren kann. Identitäre Sprachpolitik wird so zum Trojanischen Pferd der Neuen Rechten.

6. Fazit

Wie soll man mit den Auseinandersetzungen, die in diesem Beitrag beschrieben werden, umgehen? Wie ist die „Gefechtsstärke“ der jeweiligen Truppen einzuschätzen? Auf der Seite der nationalidentitären Sprachpolitik jedenfalls besteht ein hoher Organisationsgrad, durch den es möglich ist, mit großer inhaltlicher Homogenität Kampagnen, Initiativen und Gesetzesanträge auf den Weg zu bringen. Auf der Gegenseite gibt es einen solchen Grad an Organisiertheit nicht, so dass echte Kampagnenfähigkeit nicht besteht. Was hier allenfalls zu beobachten ist, sind Trends und Entwicklungen, die wie die Leitlinien zum geschlechtergerechten Sprachgebrauch dezentral aufgegriffen werden. Zu vielen anderen Themen – Deutsch in der EU, Deutsch als Wissenschaftssprache, 'Deutsch ins Grundgesetz', 'politische Korrektheit' – gibt es überhaupt keine Personen oder Organisationen, die als Opponenten zu VDS und AfD in Erscheinung treten.

